

soft gesprochen wurde, nämlich die Wiedervereinigung von Kapital und Arbeit nach einem mehr als zehnjährigen Kampfe durchzuführen und damit den Arbeiter an entproletarisierten und ihn auch letztlich in die Volksgemeinschaft deutscher Bürger einzuliefern. Ein erster Schritt auf dem Wege zur sozialen Gleichheit ist die Beseitigung der Parteien der Sozialpolitik, die die Notverordnungen aus der Zeit Brüning und aus der Übergangsepoche, die das Kabinett vor kurzem beschloffen hat. Aber Sozialpolitik im nationalen Sinne ist viel zu umfassend, um mit der Sanierung etwa der Sozialversicherungen beendigt zu sein. Sie umspannt den ganzen Wirtschaftskörper an Haupt und Gliedern und erstrebt seine völlige Gesundung und Befreiung von unkräftigen Schäden. Der Kampf aller gegen alle ist letzten Endes ein Kampf und Gegenkampf aus dem frühindustriellen Zeitalter, in dem die Menschen mit der Technik weder ethisch noch wirtschaftlich fertig zu werden vermochten. So wurde schließlich das, was der Menschheit zum Segen gereichen sollte, fast zum Unheil. Die Folgen der Verfallener Sozialpolitik heilten die Verwirrung schließlich bis zur Höhe der Weltwirtschaftskrise. Auf dem Wege des Interessenausgleichs zwischen Arbeit, Kapital, Unternehmern und Sozialpolitik, der ansehnlich des hohen Standes der Technik durchaus bei gutem Willen aller nicht nur möglich, sondern sogar verhältnismäßig leicht zu erreichen ist, muß der soziale Frieden als die Voraussetzung alles Wohlstandes wiederhergestellt werden. Der nachrevolutionäre Staat konnte das nicht, weil er an einer Verzahnung der

Stände kein Interesse hatte. In ihm wurden Arbeiter und Unternehmern als „soziale Gegenspieler“, aber nicht als gemeinsame Teilhaber der Weltarbeit gewertet. Man hat die Interessengegensätze vergrößert und dabei die Interessen der Arbeit überleben, obwohl sie schließlich ein größeres Gewicht hat als die anderen. Daraus erwuchs das Bestreben, alles gegeneinander zu organisieren, die Stadt gegen das Land, den Konsumenten gegen den Produzenten, den Arbeiter gegen den Unternehmer, den Staat gegen das Volk. In Interessengegensätzen löste sich die natürliche organische Verbundenheit der Nation auf.

Aus diesen Tatsachen und Erkenntnissen ergeben sich die Aufgaben einer großartigen nationalen Sozialpolitik von selbst. Sie baut sich auf der Verständigung und Interessengleichheit der Stände auf, die gegenüber den Gegensätzen in den Vordergrund zu rücken sind. Sozialpolitik in diesem Sinne umfaßt das ganze Volk, und sie hat die oberste Aufgabe, das Gemeinwohlleben der Gesamtheit höher zu führen. Sie kann nur in einer gesunden Wirtschaft durchgeföhrt werden. Deshalb ist eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die mit den Internationalisierungs-, Enteinigungs- und Verstaatlichungsbestrebungen der letzten Jahre auftrübt, die Voraussetzung für die Lösung der sozialen Frage. Das Ziel aber ist die Ueberführung des im tiefsten Sinne sozialreaktionären, marxistisch durchgeführten parlamentarischen Staates in den sozialen Nationalstaat, der seine Bestimmungen nicht von Klassen und Interessenten, sondern von der Volksgemeinschaft erhält.

Erwerbslosenversammlung der AEDM.

Dresden, 21. Febr. In einer nationalsozialistischen Erwerbslosenversammlung in Bötzen („Dreiländerhof“) sprach am Dienstagmorgen an Stelle des durch die Landtagsabstimmung abgehaltenen Landtagsabgeordneten Euno Meyer der Stadtverordnete Wilhelm Richter. Der Arbeitslose solle heute immer mehr ein, das seine Volk unter einer Regierung, die das Recht auf Arbeit bejahet. Die Gesundung gehe aus von einer Sanierung der Landwirtschaft, denn ohne deren Kaufkraft erliege auch die Industrie; die bewusste Vernachlässigung des Binnenmarktes habe erst das riesige Arbeitslosenheer geschaffen. Die Umschichtung aus dem Land sei gewiß zu begrüßen, aber der Bedarf an Industriewaren sei durch das Elend der letzten Jahre so groß, daß durchaus die Arbeitslosen wieder eingegliedert werden können in den Wirtschaftskreis. Aber sie dürften nicht zu Arbeitskulis des ausländischen Kapitals werden, nicht Opfer einer „Weltwirtschaft“. Das würden sie — zusammen mit den deutschen Bauern — wenn man die Ernährungsgrundlage unseres Volkes nicht sichere durch den eigenen Boden selbst. Durch ungeladene Einfuhr von Lebensmitteln würden diese nur „billiger“ der Reallohn sinke bei diesem Weltwirtschaftskreis für den Arbeiter immer mehr. Heute hätten alle Völker der Erde das Bestreben, sich auf eigene Füße zu stellen, alles aus eigenem Boden zu produzieren, daher der Rufbau der Volkswirtschaft in aller Welt. Dasselbe werde die nationale Regierung machen, und der Arbeiter werde nicht schlecht dabei fahren. Man werde eine Volksgemeinschaft errichten, die nicht mehr fremden Interessen dienen wolle. Der Kampf richte sich niemals gegen den irreführenden deutschen Volksgenossen, sondern gegen die marxistischen Irreführer. Der Arbeiter solle und dürfe stolz sein auf seinen Stand. Nicht zu verzweifeln brauche er; das Dritte Reich werde ein Staat der sozialistischen Gerechtigkeit sein. Im Schlußwort beantwortete der Redner noch einzelne Anfragen. Er entsetzte ungeteilten, stürmischen Beifall. Zu Auswärtigen kam es in der politisch außergewöhnlich stark gestiegenen Versammlung nicht.

Napen spricht vor den Berliner Studenten

Berlin, 21. Febr. Im Auditorium Maximum der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin veranstaltete die Nationale Studentenschaft heute abend aus Anlaß der Wahl zum Allgemeinen Studentenausschuß (Alla) eine Kundgebung, auf der Vizefanzler v. Napen über die Eingliederung der akademischen Jugend in die Wirtschaft und den Staat nationaler Prägung sprach. Seine Rede, die der Rektor der Universität, Professor Dr. Rohlfrausch, einleitete, wurde durch den Deutschlandender übertragen. v. Napen, von den Studenten lebhaft begrüßt, führte u. a. aus: Der akademische Boden verpflichtet den Redner, seine Ausführungen aus den Niederungen der politischen Propädeutik herauszuheben, und die Öhrer, auf die allzu geistlos-konventionelle Einstellung dieser Tage zu verzichten. Wir müssen zur platonischen Auffassung von der Politik zurückkehren. In der Neuzeit hat sich der Mensch abwärts dem diesseitigen Materialismus hinbewegt, und das kommunistische Manifest bildet die Vollendung dieses großen Sakularisationsprozesses.

so müssen wir das rücksichtslos unterdrücken. Die Zeit des Denkens in den Vorstellungen der französischen Revolution ist vorüber.

Heute wissen wir, worum wir im Weltkrieg kämpften: um das französische im deutschen Menschen, um alles, was wir fast mythisch „das Reich“ nennen.

Macht hält nur, wer sie aus dem Geist heraus handhabt. Wollte Gott, daß die geistreiche Herausforderung der nationalen Idee bald nicht mehr notwendig ist, wenn nämlich die Verwurzelung in Geist, Blut und Boden für jeden zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Es geht um unsere Volkserhebung und Grundsteinlegung des neuen Reiches. Das ist der Kern der deutschen Revolution. Wir müssen

das demokratische mit dem aristokratischen Prinzip vereinen.

Wir brauchen Menschen, die Herzen sind, weil sie dienen können, die nicht manifestieren, sondern Würde ausstrahlen. Der einzige Mann, der, allen sichtbar, diese Bedingungen erfüllt, ist unser Reichspräsident. Diese Volkserhebung ist die Voraussetzung für die wahre Demokratie, die den Klassenkampf abtöten muß. Die Energie liegt heute auf der politischen Rechten, nicht nur machtpolitisch, sondern auch geistig. Wenn wir aber den Parteienstaat befeitigen wollen, müssen wir zuerst das eigene Parteibuch wegwürfen. Wir müssen die drei Heersäulen der nationalen Bewegung verschmelzen, müssen dem Staat alle geistig freien Menschen dienbar machen. Und zu geistig freien Menschen soll die Hochschule besonders die akademische Jugend machen.

Vangemard ist ein Symbol und ein Vermächtnis für Sie, meine jungen Freunde. Es bedeutet, immer der Letzte zu sein, wenn es um eigene Rechte geht, aber immer der erste, wenn es um die Pflichten gegenüber der Heimat geht. — Unter stürmischem Beifall schloß Vizefanzler v. Napen mit den Worten, die Richte einleitete den Berliner Studenten zurecht, als unter den Beifern der Universität sprachliche Trommeln erklangen: „Das neue Deutschland braucht Sie und Ihren ganzen ungeteilten Glauben an die deutsche Zukunft!“

Aufruf der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

Berlin, 21. Febr. Die Führer der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot haben einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Die Regierung der nationalen Erhebung ruft das deutsche Volk am 5. März zur Wahl auf, daß es die Bahn frei mache für die rettende Tat. Diese Regierung ist kein Parteieregiment, sondern der im Ansehnlich Hindenburg feierlich beschworene Bund aller nationalen Kräfte. Auch in diesem Wahlgang ringen wir nicht um die Ausdehnung der eigenen Macht innerhalb der Regierung, sondern allein um die Verteilung und Befestigung der nationalen Einheit. Wir sind aber entschlossen, diese mühsam erzwungene Einheit gegen jeden erneuten Angriff des Parteieltes bis zum äußersten zu verteidigen. Das deutsche Volk fordert Verantwortung, die sie vor Gott und dem Vaterland tragen. Beachtendes Vorbild solchen selbstlosen Dienstes an der Gesamtheit ist und allen der Generalfeldmarschall von Hindenburg. In seinem Namen und in seinem Sinne führen wir den Wahlkampf, auf daß sein Wort wahr werde: „Ich will von Parteien nichts wissen, das ganze Deutschland soll es sein!“ — Der Aufruf ist unterzeichnet von Generalfeldmarschall v. Madensen, v. Napen, Eugenberg und Franz Seidte.

Die wahre Revolution des 20. Jahrhunderts ist nicht der Volkswirtschaft, sondern die Erhebung der heroischen, gottverbundenen Persönlichkeit gegen Mechanisierung und Kollektivierung.

Daß der Marxismus heute verschwinden muß, ist nur die Quintessenz für seine geschichtliche Schuld. Allerdings dürfen wir nicht die Mittelschicht des Bürgertums übersehen. Das liberale Unternehmertum hat die Entwicklung mit vorbereitet. Eine wahre Sozialpolitik hätte der Profetarisierung entgegenwirken müssen. Der Staat kann nicht die Verantwortung für das Lebensdrillo des einzelnen tragen. Wo der einzelne zu schwach war, hätte die genossenschaftliche Selbsthilfe gestärkt werden müssen. Statt dessen hat man das deutsche Volk zu einem Rentner Volk gemacht. Die drei Gruppen, die die nationale Regierung gebildet haben, Nationalsozialisten, Deutschnationale und die christlich-konservativen Kräfte, machen sich nicht an, allein national zu sein oder allein das deutsche Volk zu sein. Wenn Teile der kommunistischen Massen den Willen zeigen, Teil des Volkes zu werden, so müssen wir das unterföhren. Wenn aber kommunistische Führer ausländische politische Systeme und Methoden nach Deutschland bringen wollen,

Vangemard ist ein Symbol und ein Vermächtnis für Sie, meine jungen Freunde. Es bedeutet, immer der Letzte zu sein, wenn es um eigene Rechte geht, aber immer der erste, wenn es um die Pflichten gegenüber der Heimat geht. — Unter stürmischem Beifall schloß Vizefanzler v. Napen mit den Worten, die Richte einleitete den Berliner Studenten zurecht, als unter den Beifern der Universität sprachliche Trommeln erklangen: „Das neue Deutschland braucht Sie und Ihren ganzen ungeteilten Glauben an die deutsche Zukunft!“

Der Reichswahlvorschlag der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

Berlin, 21. Febr. Der Reichswahlvorschlag der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot beginnt mit folgenden Kandidaten: 1. Franz von Papen, 2. Franz Seidte, 3. Dr. Friedrich von Winterfeld, 4. Annagrete Behmann, 5. Dr. Alfred Dammann, 6. Dr. Reinhold Quaas, 7. Walter Graef, 8. Dr. Martin Spahn, 9. Er. Erich Wenzel, 10. Dietrich Vogemann, 11. Alfred Möllers, 12. Dr. Wilhelm Koch, 13. Dr. Magdalena von Tilling, 14. Otto Schmidt, 15. Dr. Friedrich Everling, 16. Otto Hembel, 17. Gustav Harmony, 18. Dr. Erich Schmidt.

Die Völkerbundsversammlung eröffnet

Zur Entscheidung im Japan-China-Konflikt

Genf, 21. Febr. Unter großem Andrang des Publikums und der Presse trat heute nachmittag die außerordentliche Völkerbundversammlung zusammen, an der fast sämtliche dem Völkerbund angeschlossene Staaten teilnahmen, um abschließend zu dem Sinesisch-japanischen Konflikt Stellung zu nehmen. Die Versammlung beschränkte sich darauf, heute ein Exposé ihres Präsidenten über die letzte Entwicklung des Streitverlaufs entgegenzunehmen. In manchen Schilber die ergebnislosen Bemühungen, durch Verhandlung mit den Parteien zu einem Schlichtungsverfahren zu gelangen, und keine ist.

7. Der Bericht des Neunzehnerausschusses des Völkerbundes enthält seinen Vorschlag für eine wirksame Lösung des Streitfalles. Die Oberhoheit in Mandschurien steht ausschließlich dem mandchurischen Volke zu.

Der Vorschlag, eine Gendarmrie zu schaffen, ist absurd. Zurückziehung der japanischen Truppen würde Anarchie und völlige Unordnung in der Mandchurei bedeuten.

ist der Völkerbund bereit, die Verantwortung für eine solche Lage zu übernehmen? Die Zugehörigkeitsverhältnisse und der Vereinigten Staaten zu den Verhandlungen des Ausschusses ist eine Nachhinderung des Völkerbundes.

8. Der Bericht des Neunzehnerausschusses ermutigt China, Friedensverhandlungen abzulehnen und sich einer Einigung mit Japan zu entziehen.

9. Die Verantwortung für den Frieden im Fernen Osten trägt Japan, keine andere Nation.

10. Die japanische Regierung lenkt die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf den außerordentlichen Ernst der Lage und ersucht die Völkerbundversammlung, sich ihre endgültige Entscheidung genau zu überlegen.

Daß die Schlichtungsbestrebungen an der unannehmbaren Haltung Japans gescheitert seien.

Heute, nachdem der Völkerbund sich 17 Monate um eine Verständigung bemüht habe, sei die Lage die, daß die drei Ostprovinzen Chinas besetzt seien. Japanische Truppen hätten die Große Mauer überschritten und Schanghai anzugreifen. Neue militärische Operationen zur Besetzung der Provinz Jehol seien angekündigt worden. Humans schlug Vortagung der Verhandlungen bis Freitag, 24. Februar, vor, damit die Völkerbundstaaten in zwischenzeitlicher Besprechung den der Versammlung vorgelegten Schlußbericht zu prüfen und die Entscheidung vorzubereiten.

Japan lehnt ab

Genf, 21. Febr. Die japanische Regierung hat dem Präsidenten der außerordentlichen Völkerbundversammlung und den Großmächten unmittelbar nach Schluß der Dienstag-Sitzung eine Note überreicht, in der Japan den Bericht des Neunzehnerausschusses ablehnt. Die Note laßt in folgenden 10 Punkten den grundsätzlichen japanischen Standpunkt zusammen, wie er in der in der Freitag-Sitzung angekündigten großen Schlußerklärung Matsumoto zum Ausdruck kommen wird:

1. Die japanische Regierung bedauert aufs tiefste, den Bericht des Neunzehnerausschusses nicht annehmen zu können.
2. Der japanisch-sinesische Streit beruht in erster Linie auf dem Fehlen einer starken Zentralregierung in China. Der Völkerbund ist in völliger Verkennung der Lage zur Beurteilung Japans gescheitert.
3. Die Ereignisse seit dem ersten Zwischenfall haben den Führern des mandchurischen Volkes Gelegenheit für die Erklärung der Unabhängigkeit ihres Landes gegeben.
4. Die Politik Japans in der Mandchurei richtet sich auf den Schutz seiner Rechte und Interessen, die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Schutz des Landes gegen einen äußeren Angriff.
5. Der mandchurische Staat hat seit seiner Gründung bereits wesentliche Fortschritte auf allen Gebieten gemacht.
6. Die Provinz Jehol ist ein Teil von Mandschurien, das vor jeglichen Angriffen zu schützen Japan nach seinem Vertrag verpflichtet war.

Aufklärung dreier bestialischer Mordtaten

Der Haupttäter schuldig, zwei Mitläufer in Haft

Dortmund, 21. Febr. Die Dortmunder Kriminaldirektion gab am Dienstag der Presse eine eingehende Darstellung der Mordfälle Marxwilk, Schur und Schneider. Die Art der Ausführung der Verbrechen ließ von vornherein darauf schließen, daß als Täter nur ein ganz bestimmter Personenkreis in Frage kommen konnte. Diese Vermutung hat jetzt volle Bestätigung gefunden. Durch eingehende Zeugenvernehmungen, vor allem aber durch das Geständnis des an der Ermordung Harrowffs mitbeteiligten Hausangestellten Emma Schneider aus Dorfeld, auf das Konto des 40jährigen Russen August Schulte aus Dortmund und des erwerbslosen 41jährigen August Schmeer, gebürtig aus Wilschdorf in Ostpreußen, kommen. Beide arbeiteten derzeit Hand in Hand, daß Schmeer in Zeitungsinferanten Hausangestellte suchte, diese nach der Umgehung von Dortmund bestellte und

durch Vorspiegelung falscher Tatsachen in ein same Wenden lockte.

Dort wurden sie von dem im Hinterhalt lauenden August Schulte umgebracht und beraubt. So wurde die Emma Schneider von Schmeer nach Dortmund-Dorfeld gelockt und von Schulte erdrosselt. Die Leiche, die am Montagmorgen aufgefunden wurde, war noch mit einem Strick umwickelt. Schmeer befindet sich bereits in Haft und ist in vollem Umfange geständig.

Stürmische Zentrumsversammlung in Münster

Münster, 21. Febr. In der Halle „Münsterland“ fand am Dienstagabend eine Kundgebung der Zentrumspartei statt, die von etwa 5000 Personen besucht war. Die Kundgebung konnte jedoch nur mit Mühe zu Ende geführt werden. Als gegen 20.30 Uhr der beurlaubte Oberpräsident Graf Gronowff in Begleitung des Redners Dr. Birch erschien, mischten sich sofort in die Beifallstürme laute Rufe: „Deutschland erwache“, die mit dem Horst-Wessel-Lied abwechselten. Der Tumult artete fast an allen Ecken des Saales in Schlägereien aus. Einige Teilnehmer wurden mit dem Kraftwagen ins Krankenhaus transportiert. Die Polizei beschränkte sich zunächst darauf, einzelne Stuhlführer aus der Halle zu entfernen. Als jedoch das Toben immer stärker wurde und man bei den Schlägereien auch dazu überging, sich der Stühle zu bedienen, wurde von der Polizei die Galerie der Halle geräumt. Erst mit einem halbändlicher Verkündigung konnte dann die Versammlung beagnen. Dr. Birch wurde dauernd von lauten Jurulen unterbrochen und war, da er an und für sich heller war, nur schwer verständlich; seine Rede klang aus in der Wohnung, angefüllt der außenpolitischen Lage den inneren Ober zurückzustellen.

Stegerwald tödlich angegriffen

Krefeld, 21. Febr. Die Zentrumspartei hatte für heute abend in der hiesigen Stadthalle eine Mitgliederversammlung einberufen, in der Reichsminister a. D. Stegerwald die Hauptrede halten sollte. Als Stegerwald anfangs seiner Rede gegen den Aufruf der Reichsregierung polemisierte, erhob sich von der Tribüne Widerspruch, der sich allmählich verstärkte und zu einem großen Tumult führte. Verbelegene Schuppollizei versuchte die politischen Gegner von den Tribünen herabzubringen. Hierbei kam es zu neuen Zusammenstößen, die sich dann im Saale selbst fortsetzten. Auch Stegerwald selbst wurde tödlich angegriffen. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst.

Die Ursache der Explosion von Neunkirchen

Saarbrücken, 21. Febr. Das Gewerbeaufsichtsamt veröffentlicht einen Bericht über die Ursachen der Untersuchung der Explosionskatastrophe gemachten Feststellungen. Der Explosions des großen Gashalters ist bekanntlich eine kleinere Explosion in dem Umgebungsrohr des Gashalters vorausgegangen. Es ist bereits früher festgestellt worden, daß an diesem Umgebungsrohr kurz vor der Explosion noch gearbeitet worden ist. Man nahm aber an, daß nur mit dem Hammer, also auf langsamem Wege gearbeitet worden sei. Nunmehr wurde ermittelt, daß mit großer Wahrscheinlichkeit unmittelbar vor der Explosion Arbeiter mit dem Schneidbrenner an dem Umgebungsrohr vorgekommen wurden. Da das Umgebungsrohr vorher gasfrei gemacht worden war und eine Undichtigkeit dieses Rohres gegen das mit Gas gefüllte Nachbarrohr von den Arbeitern nicht bemerkt worden war, hielt man diese Arbeiter für ungefährlich.

Neue Erbstöße im Oberbeingegebiet

Residenz, 21. Febr. Heute nachmittag, etwa um 4.30 Uhr, wurden hier zwei heftige Erbstöße verspürt.